

Und das soll echte Bürgernähe sein?

zu „Wiedereinführung der Straßenreinigungsgebühr in Langenfeld“

Über das Verhalten von Bürgermeister Gerold Wenzens und seine ihn stützende BGL kann man nur äußerst verwundert sein. Ist er es doch, der als Wirtschaftswissenschaftler mit 30 Jahren Erfahrung in der Langenfelder Kommunalpolitik zum Bürgermeister gewählt wurde, weil er erklärte, dass sein Fokus auf der ‚Kontinuität der Stadtentwicklung‘ läge und mit ‚echter Bürgernähe‘ begabt sei. Das ließ Großes erwarten.

Und nun das: Ohne irgendeine empirische Grundlage zu haben, wurde die Straßenreinigungssatzung über die Reinigung der „Bürgerstraßen“ durch die Bürger gekippt, weil sich offenbar jemand am Wahlstand der BGL über die Qualität der Reinigung auf Straßen, Wegen und Plätzen der Stadt beschwert habe; bei den Grünen Stadträten habe sich ein solcher

„Eindruck verfestigt“ (so die RP vom 26.03.26).

Wenn Herr Wenzens schon seit 30 Jahren mit offenen Augen durch unsere Stadt gegangen ist, wird er feststellen, dass dieser Eindruck betreffend die Reinigung der „Bürgerstraßen“ falsch ist, das gilt auch für die Straße vor seiner eigenen Haustür. Jahrzehntlang haben die Anwohner der Bürgerstraßen seit der mutigen Entscheidung des früheren Bürgermeisters Magnus Stähler kostensparend, verantwortungsbewusst und rundum zufriedenstellend gereinigt. In dieser Zeit ist auch der Durchschnitt der von der Reinigungspflicht betroffenen Bürger entgegen dem Eindruck auch nicht merklich älter geworden. Diese unsägliche Entscheidung wird zu verminderter Reinigung auf den betroffenen Straßen führen und den Bürgern, vor allem den Mietern durch die Umlage der Straßenreinigungsgebühren erhöhte Betriebskostenabrechnungen bescheren, da diese als solche natürlich auf die Mieter umgelegt werden.

BGL, SPD und Grüne erweisen sich damit einmal mehr als effektlose

Kostentreiber der Wohn- und Betriebskosten und ignorieren das Interesse insbesondere der Mieter. Und das soll echte Bürgernähe sein, Kontinuität in der Stadtentwicklung? Nein! Hier wird sinnlos das Geld der Bürger zum Fenster hinausgeworfen. Auch in Monheim fing alles ganz klein an. Da die Entscheidung ja erst zum 1. Juli 2027 umgesetzt werden soll, mögen die Damen und Herren Stadträte nochmals weise in sich gehen und die Entscheidung vom 24.03.2026 rechtzeitig rückgängig machen.

Hubertus von Buddenbrock
stellv. Vorsitzender Haus & Grund Langenfeld/Monheim

Leserzuschriften veröffentlicht die Redaktion ohne Rücksicht darauf, ob die darin zum Ausdruck gebrachten Ansichten mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich vor, sinnwahrende Kürzungen vorzunehmen. Im Falle der Veröffentlichung des Leserbriefs weisen wir am Beitrag den Klarnamen sowie den Wohnort des Einsenders aus. Für Rückfragen bittet die Redaktion, die Telefonnummer anzugeben. Unsere E-Mail-Adresse: **langenfeld@rheinische-post.de**
